



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Erwin Huber, Joachim Unterländer, Dr. Harald Schwartz, Eberhard Rotter, Hermann Imhof, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Judith Gerlach, Christine Haderthauer, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Klaus Holetschek, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Martin Neumeyer, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Ja zum Mindestlohn – Nein zu Bürokratie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund weiterhin für eine deutliche Reduzierung der bürokratischen Folgen des Mindestlohngesetzes einzusetzen.

Der Mittelstand, aber auch soziale Einrichtungen und Vereine, dürfen nicht in überzogener Form belastet bleiben. Auch hinsichtlich der Auftraggeberhaftung ist eine praxisgerechte Regelung zu finden. Ferner ist die Kontrolle des Mindestlohns auf ein angemessenes Maß zu begrenzen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen haben Rückmeldungen aus dem Mittelstand, dem Handwerk, den freien Berufen bis hin zu Verbänden ein klares Bild ergeben: Die Höhe des Mindestlohns stellt in der Regel kein Problem dar. Die Umsetzung allerdings schon. Das Mindestlohngesetz ist Ausdruck einer Misstrauenskultur gegenüber der Wirtschaft. Es ist überfrachtet mit Bürokratievorschriften und muss entschlackt werden. Hier muss Bundesarbeitsministerin Nahles erheblich nachbessern. Die Staatsregierung wird angesichts der sich schon nach kurzer Zeit häufenden Probleme aufgefordert, sich weiterhin beim Bund für die notwendigen Änderungen einzusetzen.